



Ich bin 24 Jahre alt, Studentin in Lyon, Tochter zweier Lehrer, Enkelin eines Postbeamten und einer Krankenschwester. Ich bin Teil jener Generation, die aufgewachsen ist mit den Versprechen von République, Liberté, Egalité – und die jetzt zusehen muss, wie all das zerbricht. Ich schreibe diesen Text nicht aus journalistischer Distanz. Ich schreibe ihn aus Wut. Aus Erschöpfung. Und aus der tiefen Überzeugung: So kann es nicht weitergehen.

Seit über einem Jahr taumelt Frankreich von einer politischen Farce in die nächste. Aufgelöste Parlamente, kurzlebige Regierungen, ein Präsident ohne Mehrheit, ohne Glaubwürdigkeit, ohne Kontakt zur Realität. Seit Monaten erleben wir ein Schauspiel der Verantwortungslosigkeit – und niemand will es beim Namen nennen: Diese Republik ist in der Krise. Und wir, die junge Generation, sollen das bezahlen.

Politik gegen die Zukunft

44 Milliarden Euro Einsparungen. So viel sieht der „Sparplan“ vor, den Premierminister François Bayrou im Dezember 2024 vorgelegt hat. Und wofür? Für ein System, das nur noch sich selbst schützt. Während Politiker ihre Diäten behalten, wird bei Sozialleistungen gekürzt. Während Großunternehmen Subventionen kassieren, werden Feiertage gestrichen. Während man über Steuersenkungen für „Leistungsträger“ debattiert, steht mein Mitbewohner mit zwei Nebenjobs vor der Exmatrikulation, weil er die Miete nicht mehr zahlen kann.

Diese Politik trifft uns. Uns Junge. Uns, die nicht geerbt haben, sondern gerade anfangen, ihr Leben aufzubauen – oder es wenigstens zu versuchen.

Und dabei erzählt man uns, wir müssten Opfer bringen. Für Frankreich. Für die Stabilität. Für die Zukunft. Welche Zukunft?

Institutionen im freien Fall

Was heute „Demokratie“ genannt wird, hat mit Volksvertretung nichts mehr zu tun. 78 % der Französinen und Franzosen sagen, sie hätten das Vertrauen in die Institutionen verloren. 83 % meinen, Politiker handelten nur noch für ihre eigenen Interessen. Wer diesen Zahlen misstraut, soll sich auf eine Parkbank in Marseille, Toulouse oder Saint-Denis setzen und zuhören. Die Wut ist da. Sie ist real. Und sie ist gefährlich.

Denn wenn eine Gesellschaft das Vertrauen in ihre Repräsentanten verliert, entsteht ein Vakuum. Und dieses Vakuum füllt sich gerade. Nicht mit neuen Ideen. Sondern mit alten bösen Geistern.



Der Aufstieg des RN – unser aller Versagen

Dass der Rassemblement National unter Marine Le Pen inzwischen als „normal“ gilt, ist ein Skandal – aber kein Wunder. Wenn linke Parteien sich in inneren Zerwürfnissen verlieren, wenn das Zentrum sich nur noch um sich selbst dreht, wenn die Regierung ihre Legitimation verspielt: Dann rückt die Peripherie ins Zentrum.

Der RN hat verstanden, was andere übersehen haben: Die Menschen wollen gehört werden. Und wenn man sie ignoriert, schreien sie lauter – oder laufen denen hinterher, die ihnen einfache Antworten liefern. Wir haben diesen Fehler gemacht. Unsere Medien, unsere Lehrer, unsere Eltern. Wir alle. Und jetzt stehen wir an der Schwelle.

Streiks, Proteste, Blockaden – und keiner hört hin

Am 10. und 18. September beginnt die nächste große Protestwelle. Gewerkschaften rufen zu Streiks auf, Studierende organisieren Blockaden, soziale Bewegungen planen Kundgebungen. Doch wer berichtet darüber? Welche Partei nimmt das ernst? Welcher Sender überträgt die Wut live – so wie einst die der Gelbwesten?

Stattdessen reden wir über Haushaltssanierung. Über internationale Investoren. Über Konsens. Dabei brennt das Land. Und niemand hat einen Feuerlöscher.

Wir sind nicht mehr bereit, still zu bleiben

Ich spreche für viele, wenn ich sage: Wir haben die Nase voll. Vom Herunterreden. Vom Schönreden. Vom Ignorieren. Wir wollen keine „große nationale Debatte“ mehr. Keine runden Tische. Keine wohlklingenden Versprechen. Wir wollen Konsequenzen. Verantwortung. Rücktritte.

Ja, es braucht Reformen. Aber nicht die, die uns noch weiter belasten. Es braucht einen demokratischen Neuanfang. Mit klaren Regeln, mit echter Teilhabe, mit einem Ende der Klientelpolitik. Es braucht eine Verfassung, die nicht bloß Stabilität produziert, sondern Beteiligung. Und es braucht Politikerinnen und Politiker, die wissen, wie es ist, sich zwischen Stromrechnung und Supermarkteinkauf entscheiden zu müssen.

Ich will nicht auswandern. Ich will nicht zusehen, wie meine Freunde ihre Träume beerdigen. Ich will, dass dieses Land endlich aufwacht.



Kommentar – Die Jugend hat genug: Frankreich versinkt, und wir
sehen nicht länger zu

Denn Frankreich ist nicht nur Paris, nicht nur die Assemblée nationale, nicht nur der Elysee.
Frankreich, das sind wir. Die Jungen. Die Übersehenen. Die Wütenden.

Wir kommen.

Ein Kommentar unserer Leserin Camille Laurent